



Am 28. Januar 1972 einigten sich Bund und Länder auf den sogenannten Radikalenerlass. 80 Prozent der vom Radikalenerlass betroffenen Beamt\*innen und Angestellten waren angehende oder aktive Lehrer\*innen

## Wer eingestellt wird, bestimmt der Verfassungsschutz

Während es in Berlin mühsam erkämpfte Erfolge bei der Aufarbeitung des »Radikalenerlasses« und politischer Berufsverbote gibt, wird in Brandenburg diese Praxis wieder eingeführt

von Ewald Leppin und Fabian Bennewitz

**D**ie in diesem April vom Brandenburger Landtag beschlossene Novellierung des Beamtengesetzes sieht eine flächendeckende Regelanfrage beim Verfassungsschutz (VS) vor, den sogenannten »Verfassungstreue-Check«. Dabei sollen die Erkenntnisse des Checks für eine Einstellung entscheidend sein und geben da-

mit dem Geheimdienst weitreichenden politischen Einfluss. Bei »extremismusverdächtigen« Beamt\*innen, die bereits im Dienst sind, sollen zukünftig Entlassungen ohne weiteres Verfahren bereits auf Landratsebene verfügt werden können.

Was heute als »Verfassungstreue-Check« bezeichnet wird, hieß vor 50 Jahren noch »Radikalenerlass«. Auf dessen Grundlage gab es auf Bundes- und Länderebene zwischen 1971 bis 1986 3,5 Millionen Überprüfungen von Bewerber\*innen des öffentlichen Dienstes. Davon waren 25.000 bis 35.000 verdächtige Bewerber\*innen und es gab 11.000 Berufsverbotsverfahren. Diese führten dazu, dass etwa 2.250 Bewerber\*innen nicht eingestellt und 256 Beamt\*innen entlassen wurden.

### Aufarbeitung sieht anders aus

Nach einer intensiven Vorarbeit der GEW BERLIN, insbesondere der AG Berufsverbote, fasste das Berliner Abgeordneten-

haus Anfang September 2021 den Beschluss: »Folgen des Radikalenerlasses in West-Berlin anerkennen« (siehe Artikel »Aufarbeitung nach 50 Jahren«, bbz 1-2/2022).

Dieser beinhaltete vor allem die Zusage für eine staatlich finanzierte wissenschaftliche Aufarbeitung der regionalen Folgen des Radikalenerlasses. Das hatte es zuvor nur in Baden-Württemberg (2020) gegeben, während in Niedersachsen (2016) lediglich eine umfangreiche Dokumentation und in Hamburg (2018) eine Ausstellung beschlossen worden waren.

Der Prozess der Aufarbeitung des Radikalenerlasses in Berlin begann durch die AG Berufsverbote der GEW BERLIN mit der Erstellung der Ausstellung »Berufsverbote und politische Disziplinierung in West-Berlin« (2022). Die seit Jahresbeginn von zwei Zeithistoriker\*innen der FU und der HU begonnene Forschungsarbeit hat aus unserer Sicht einen hohen Stellenwert. Einerseits, weil ein jahrzehntlang verdrängtes Kapitel massiver Demokratiebeschädigung bearbeitet wird, um

### AKTUELLE BERUFSVERBOTE

Auf der Seite [www.berufsverbote.de](http://www.berufsverbote.de) finden sich weitere aktuelle Infos zur Aufarbeitung vergangener Berufsverbote und zu aktuellen Fällen, die es immer noch gibt. In Hessen kämpft etwa der Lehrer Luca Schäfer aktuell gegen ein Urteil, das faktisch ein Berufsverbot bedeutet. Die LDV der GEW BERLIN hat am 4.6.2024 eine Solidaritätserklärung mit Luca verabschiedet.

FOTO: IMAGO IMAGES/KLAUS ROSE

**»Überwachung durch den Verfassungsschutz oder Demokratieabbau durch Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind keine Lösung im Kampf gegen Rechts.«**

Konsequenzen für zukünftiges staatliches Handeln zu befördern, beispielsweise eine materielle Wiedergutmachung und vollständige Rehabilitierung der ehemals Betroffenen. Andererseits, um Bezüge zu den gegenwärtigen Bestrebungen nach neuen »Extremisten«- beziehungsweise »Radikalen«-Erlassen herzustellen.

Unter dem Vorwand, Pflöcke gegen die gegenwärtige gefährliche Rechtsentwicklung zu setzen, wird ein wissenschaftlich unhaltbarer Extremismusbegriff verwendet: die Gleichsetzung von Links und Rechts. Aktivist\*innen aus der »Letzten Generation«, die die Straßen blockieren, sind danach gleichermaßen extremistisch-kriminell wie gewalttätige Jungnazis oder völkisch-rassistisch hetzende Höcke-Faschisten. Dabei sollen die nicht überprüfbaren Einschätzungen des Verfassungsschutzes Grundlage von Laufbahnentscheidungen sein; eines Verfassungsschutzes, dem wiederholt rechte Unterwanderung nachgewiesen worden ist.

Ja, der Kampf gegen Rechts muss deutlich konsequenter als bisher geführt werden. Unser Grundgesetz, das Straf- und Disziplinarrecht, die Berliner Verfassung oder auch Schul- und Hochschulgesetze bieten eine gute Grundlage, sie müssen nur konsequent angewendet werden.

Nein, die Ausweitung unkontrollierter Überwachung durch den Verfassungsschutz oder auch der Demokratieabbau durch Einschränkungen der Meinungsfreiheit, sind keine Lösung. ■

*Zur AG Berufsverbote der GEW BERLIN siehe [www.gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-berufsverbote](http://www.gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-berufsverbote)*

*Ewald Leppin, AG Berufsverbote  
Fabian Bennewitz, Student an der HU und  
studentischer Mitarbeiter der GEW BERLIN*

**Zum Leser\*innenforum,  
bbz 7/8 2024**

Das habe ich in 53 Jahren GEW-Mitgliedschaft noch nicht erlebt: Dass einem Redaktionsmitglied das Recht abgesprochen wird, eine eigene Meinung zu haben und diese in einem klar als Leserbrief gekennzeichneten Beitrag zu äußern, wie das dem Kollegen Schiweck zur Zeit passiert. Hier wird mit dem Argument, die Meinungsfreiheit zu schützen, die Meinungsfreiheit abgeschafft, was zumindest bei mir den Verdacht erweckt, es könne doch am Inhalt liegen, der dem besorgten Mahner nicht passt. Nach dieser Lesart muss ein Redaktionsmitglied sich als politisch denkender Mensch aufgeben, sobald er oder sie im Impressum erscheint und sich auf Orthografie und Satzbau reduzieren, was ganz nebenbei einigen der abgedruckten Beiträge gutgetan hätte. Nee Leute, fast die gesamte Leserbriefrubrik dieser Ausgabe ist zum Fremdschämen, und wie ihr miteinander umgeht, ebenfalls: Kein Respekt, Angriffe auf die Person statt Austausch von Argumenten. Wir waren, ehrlich gesagt, im letzten Jahrhundert auch nicht viel anders, für derartige Erinnerungen hat man ja die Alten, aber ihr habt nichts dazugelernt, ihr habt diesen gnadenlosen Umgang miteinander perfektioniert. Dass ihr in derselben Gewerkschaft seid und demzufolge in einem breiten Spektrum dieselben Interessen vertreten solltet, geht bei dieser diffamierenden und personalisierten Auseinandersetzung völlig unter. In unserem Land werden gerade die Bildung und unser gemeinsamer Berufsstand an die Wand gefahren, das müsste euer Thema sein. Schämt euch und besert euch!

*Wolfgang Harnischfeger*

Als langjährige Leserin freue ich mich, dass die *bbz* lebendiger, informativer und spannender geworden ist. Letzteres hängt wohl auch mit der von der Redaktion seit einiger Zeit gepflegten Debattenkultur zusammen; Debatten, die auch dann initiiert werden, wenn ein Streit vorprogrammiert ist, wie beim Krieg Russlands gegen die Ukraine. Schade ist nur, dass es Kollegen (ich habe bisher nur Männer so erlebt) gibt, die ihre Kritik an einem Beitrag, in dem nicht ihre Auffassungen vertreten werden, mit Schaum vor dem Mund äußern müssen. Edgar Streese wütet in seinem Leserbrief über

den Beitrag von Ralf Schiweck, dieser tiefe vor Diffamierungen und Beleidigungen. Schaut euch den Beitrag an, nichts davon ist wahr. Das dient nicht der Debattenkultur. Völlig inakzeptabel ist die im selben Leserbrief geforderte Entlassung des Redaktionsmitglieds Schiweck aus seiner redaktionellen Funktion! Derartige zensorische Eingriffe in eine unabhängige Redaktionsarbeit sollten der unrühmlichen Vergangenheit der DDR und anderer Diktaturen angehören. Assiiert wird Streese von Siegbert Bruders, der seinerseits findet, dass es ein Unding sei, dass Schiweck in seiner Eigenschaft als Redakteur einen solchen Leserbrief geschrieben hat. Er missbrauche damit seine Position ... Wie bitte? Aus welcher Welt sind diese Kollegen, die verlangen, dass ein Redaktionsmitglied nicht seine eigene Meinung in der von ihm verantworteten Zeitung veröffentlichen dürfe? Er darf nicht nur, er muss es u.U. sogar tun, solange er nicht anmaßend diese Meinung als Redaktionsmeinung ausgibt. Aber es gibt auch substantiell weiterführende Kritik, wie die von Hans-Jürgen Heusel, der uns Debattant\*innen auffordert, sich endlich der aktuell brennendsten "Frage zuzuwenden, wie dieser Krieg zu einem Ende gebracht werden kann". Eine einfache Antwort gibt es auf diese Frage nicht. Vielleicht könnte sich die Redaktion hier um einen professionellen Gastbeitrag bemühen, der uns diese komplizierte Gemengelage etwas näher bringt?

*Renate Hürtgen*

**Zum Artikel »Weinen kann ich erst,  
wenn ich aus der Schule nach Hause  
komme«, bbz 7/8 2024**

Vielen Dank für den Bericht von Lara Shehada über die drei Berliner Schülerinnen mit palästinensischen Wurzeln. So wie wahrscheinlich die meisten von uns lebe auch ich in einer »Blase« und sehe die Welt aus einem ganz bestimmten Blickwinkel, in den oft nur gefilterte Informationen treffen. Es fällt mir schwer, das Leid anderer Menschen anzuerkennen, wenn ich viel mehr von einem anderen Leid wahrnehme und dadurch ein Ungleichgewicht empfinde. So oft erwische ich mich dabei, dass ich jene Schmerzen gegen andere abwäge. Wird von dem einen berichtet, fehlt mir die Sicht der anderen Seite und ich möchte sofort vergleichen und werten mit einem ▶